

Dresdner Nachrichten

Begründet 1856

Bezugs-Gebühr in Dresden bei täglich zweimaliger Zubehörung monatlich M. 30.—, oder durch die Post bei täglich zweimaligem Versand monatlich M. 30.—, oder durch die Post bei täglich zweimaligem Versand monatlich M. 30.—, oder durch die Post bei täglich zweimaligem Versand monatlich M. 30.—.

Anzeigen-Preise. Die 10spaltige 32 mm breite Zeile M. 12.—, außerhalb Gehäuses M. 15.—, Familienanzeigen, Anzeigen unter Stellen- und Wohnungsmarkt, 10spaltige Ein- und Zweizeiler M. 2.—, Nachsch. Vorzugspätze laut Tarif. Auswärtige Aufträge gegen Vorauszahlung. Einzelnummer M. 2.—, Sonntagsausgabe M. 3.—.

Verleger: **Wolfgang**
 Druck- und Verlagsanstalt **Wolfgang**
 Druck- und Verlagsanstalt **Wolfgang**

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle:
 Marienstraße 38/40.
 Druck u. Verlag von **Wolfgang** & **Wolfgang** in Dresden.
 Postfach-Nr. 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.“) zulässig. — Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Die letzte Reparationsbesprechung.

Hoffnung auf Fortsetzung der Verhandlungen.

(Drahtmeldeung unserer Berliner Schriftleitung.)
 Berlin, 25. August. Die heutige Kabinettsitzung, die um 10 Uhr begann, dauerte ungefähr bis 11 Uhr. 11 Uhr empfing der Reichskanzler in Gegenwart des Reichsfinanzministers und des Staatssekretärs Bergmann Drabburg und Maucier zu einer letzten Besprechung.

Dem neuen von deutscher Seite formulierten Vorschlag soll das Kabinett seine Zustimmung gegeben haben. Die Vertreter der Reparationskommission sollen sich bereit erklärt haben, den deutschen Vorschlag nach Paris mitzunehmen, um ihn der Reparationskommission vorzulegen. Man glaubt über diesen Vorschlag zu wissen, daß er in folgenden zwei Punkten gipfelt:

1. Eine Kreditsanierung für Deutschland in der Form eines Moratoriums, wenn auch nur bis zum Ende des Jahres, und 2. Sicherheiten für Frankreich, daß es jene Lieferungen an Holz und Kohlen erhält, auf die es aus dem Friedensvertrag und dem späteren Abkommen Anspruch erhebt und die ihm in einer für Deutschland erträglichen Form gelistet werden sollen.

Von unterrichteter Seite wird noch mitgeteilt, daß die Kreise der ausländischen Diplomaten und Politiker in Berlin in dem Verhalten der Birie und gewisser zu überstürzten Devisenkäufen

schreitender Induziererei eine höchst bedauerliche Unvernunft und Kopflosigkeit sahen. Daß die Moratoriumsverhandlungen sehr schwierig sind, sei selbstverständlich, aber die Berliner Besprechungen seien, nachdem ein Moment der Spannung überwunden war, in einem durchaus sachlichen Tone und mit dem ausdrücklichen Bemühen, eine Verständigung zu erzielen, geführt worden. Die endgültige Entscheidung konnte in diesen Besprechungen nicht getroffen werden. Mit einer Fortsetzung der Verhandlungen, die vielleicht nicht mehr in Berlin stattfinden, ist man zu rechnen.

Die Katastrophe für Mitteleuropa.

London, 25. August. In der gesamten Presse spiegelt sich die große Besorgnis wider, die das gemeldete Scheitern der Berliner Verhandlungen und der gestrige unglückliche Sturz der Marx in England erregt haben. Die „Times“ veröffentlicht auf der Hauptseite das Schreiben eines erfahrenen Beobachters europäischer Angelegenheiten, der die Lage in Deutschland als sehr ernst bezeichnet. Wenn in Deutschland Hungerunruhen ausbrechen, werde Deutschland durch eine wirtschaftliche Katastrophe überhäuft werden, die niemand werde eindämmen, noch aufhalten können. Was würde dann aus den jungen Ländern Mitteleuropas werden? (W. T. B.)

London, 25. August. „Daily Express“ sagt: Wenn kein Wunder geschieht, dann ist Deutschland bankrott. Die Hoffnung, daß im gegenwärtigen Augenblick Reparationen in der von einem Lande erzielt werden können, dessen Finanzen sich in einem derartigen Chaos befinden, muß aufgegeben werden. Das einzige Heilmittel sei die Herabsetzung der Entschädigungssumme. „Daily Telegraph“ sagt: Die Retorsionsmaßnahmen im Elsaß haben Frankreich mehr Schaden zugefügt als Deutschland. (W. T. B.)

London, 25. August. „Manchester Guardian“ schreibt: Wir haben Rußlands Fall in den Abgrund mit angesehen und dabei mitgeholfen, wir haben beobachtet, wie Oester-

reich ihm folgte und haben nicht versucht, seinen Fall aufzuhalten. Wenn Deutschland jetzt aber ebenfalls folgt, so wird das nicht teilweise, wie im Falle Rußlands und Oesterreichs, sondern ganz das Werk der Alliierten sein. Deutschland hätte das ganze zerstückte Gebiet wiederherstellen können und hat sich auch dazu bereit erklärt, aber das hat die Alliierten nicht überbieten, und die Alliierten, mit England an der Spitze, haben eine Rechnung eingelebt, die kein Land der Welt hätte bezahlen können. Aber obwohl die meisten dies jetzt einsehen, läßt das trotzdem einen sehr geringen Einfluß aus. Deutschland wird weiter bis zum wirtschaftlichen Erliegen ausgeplündert, allerdings hält sich England von der Ausplünderung fern. Aber dieses Absteigefahren ist kein Heilmittel. Alle Alliierten tragen zusammen die Verantwortung für die wirtschaftlichen Bestimmungen des Versailles-Vertrages. Das Gebäude bricht zusammen, und die Bewohner können sich nur durch die Flucht retten. Wir müssen aber darin leben und werden daher unter seinen Trümmern begraben werden. Ob Deutschland bezahlt oder nicht, ist eine Kappalle für Frankreich und England, verfahren mit der weit größeren Frage, ob Deutschland in einem Jahre derselbe Krüppel sein wird, wie es Oesterreich heute schon ist. (W. T. B.)

Zeitungsplakate verkünden heute in Fettdruck mit den Worten „Kraus der Marx“ den Sturz der Marx auf 11.000 für das Pfund Sterling, und die Blätter würdigen zum Schluß die eingetretene Erholung auf 8000. Auf dem Geldmarkt herrscht große Aufregung und Unsicherheit. Die Blätter fragen, wo das hinführt, solle. Das Chaos nehme in Mitteleuropa von Tag zu Tag zu und ziehe den Handel und die Industrie der ganzen Welt in Mitleidenschaft. (W. T. B.)

Die Retorsionen und das französische Parlament.

Paris, 25. Aug. Nach einer Meldung des „Echo de Paris“ aus Straßburg berichtet der „Straßburger Courrier“, daß die Frage der Retorsionsmaßnahmen in Elsaß-Lothringen vor die Kammer gebracht werden wird, damit die Verantwortlichkeit festgelegt werde. Das Blatt erklärt, daß die Parlamentarier unterstützen werde, diesen beliebigen Schritt vollständig aufzuklären. Man verlange Rechenschaft, und die werde man, koste es, was es wolle, auch geben müssen. (W. T. B.)

London, 24. August. Die „Daily Mail“ will aus gut unterrichteter französischer Quelle erfahren haben, daß, wenn die Mission der Reparationskommission unverrichteter Sache aus Berlin zurückkehrt, Frankreich und Belgien unverzüglich die Garantien ergreifen würden, die Poincaré in London gefordert hat.

Ein englischer Kabinettsrat.

London, 25. August. Die englische Regierung wird sich in einem Kabinettsrat, der für kommenden Dienstag in Aussicht genommen worden ist, aufs neue mit dem Reparationsproblem und der Stellungnahme Großbritanniens zum französischen Plane beschäftigen.

„Times“-Wägen.

Berlin, 25. Aug. Die „Times“ berichtet aus Nizza, ein deutscher General Braun mit 100 Offizieren habe eine militärische Studienreise in Rußland beendet und Trost in der Form einer Militärkonvention dem deutschen Generalstab, den es bekanntlich gemäß dem Friedensvertrage nicht gibt, persönlich vorlegen. Es handelt sich hier um eine der seit dem Abschluß des deutsch-russischen Vertrages von Rapallo in einer gewissen Presse immer wiederkehrenden Tendenzmeldung. Selbstverständlich ist diese Behauptung ebenso frei erunden, wie die bisher verbreiteten und von deutscher amtlicher Seite bereits zurückgewiesenen. (W. T. B.)

Süddeutschland gegen die Einheit der Reichsbahnen.

Eine Entschliebung von Handel und Industrie.

(Von unserem Sonderberichterstatter.)

München, 25. Aug. Was politisch bisher nicht möglich war, das ist heute wirtschaftlich in München gelungen, nämlich die Schaffung einer süddeutschen Einheitsfront, bestehend aus Bayern, Württemberg und Baden. Die Wirtschaftsverbände von Handel, Industrie, Landwirtschaft, Handwerk und Gewerbe dieser drei süddeutschen Staaten haben heute in München eine

gemeinsame Kundgebung

unter dem Vorsitz des Regierungspräsidenten von Oberbayern Dr. v. Kahr veranstaltet und gemeinsam unter Zustimmung des Beifall folgende Entschliebung angenommen:

1. Die Reichsbahnverwaltung richtet unverzüglich für die geschäftlich entstandenen, mit den Ländern des deutschen Südens im Reich zusammenfallenden Gebiet

selbständig verantwortliche Verwaltungen

innerhalb der einheitlichen Reichsbahnverwaltung ein. Diese Verwaltungen sollen verpflichtet sein, getrennte Abrechnung und eigene Bilanzen für ihre Reize zu erstellen.

Um der immer drohenden sich ankaltenden Wirtschaftswirtschaft des Reichs entgegenzutreten, müssen diese Verwaltungen ermächtigt werden, in Notfällen zur Erhaltung der Wirtschaft, Industrie, Handel und Handwerk Ausnahmestellen im Verkehr mit den ausländischen Landesbahnen einzurichten.

2. Der Grundsatz der Staffelung muß, je härter die Tarifherabsetzungen fortgeschritten, zugunsten der entgegenliegenden Wirtschaftsbereiche in allen Klassen immer durchgreifender ausgebaut werden, damit die Entlastung der durch die absolute Frachtpreise ohnehin schwer betroffenen Landgebiete überhaupt möglich wird. Die Staffelung bei den Wagenladungsklassen muß in der Weise gestaltet werden, daß unter Aufrechterhaltung der sonstigen vertikalen Staffelung im Sinne der letzten Vorlagen des Reichsver-

kehrsministeriums bei einer Entfernung von 300 Kilometer statt der vorgesehenen 5 % ein einmaliger Abschlag von 10 % angelegt wird.

3. Die Lebensnotwendigkeiten des süddeutschen Wirtschaftslebens verlangen insbesondere beim

Kohlenausnahmetarif

eine durchgreifende weitere Entlastung für große Entfernungen. Gegen jede Verschlechterung dieses Ausnahmetarifs muß mit Entschiedenheit Widerspruch erhoben werden. Für den abgedruckten Kohlenverkehr über die Wasserstraßen muß Fortfall der zweiten Abfertigungsgebühr und Anrechnung der auf dem Wasserweg zurückgelegten Kilometerstrecken als Bahnweg verlangt werden. Auch für die anderen Güter und die in Betracht kommenden Wirtschaftsbereiche müssen je nach den Lebensbedürfnissen Wasserumlagetarife eingeführt werden. Für den Kohlenbezug aus außerdeutschen Wirtschaftsgebieten, besonders aus jenen, welche bisher das historische Süddeutschland zu erheblichen Teilen mit versorgten, muß an Stelle der bisherigen Teiltariffstellung der Grundtarif der Durchstaffelung Platz greifen.

4. Die heutige Versammlung der gesamten bayerischen Bezirksräte, denen sich Vertreter aus Württemberg und Baden angeschlossen haben, fordern nachdrücklich, daß der finanzielle Ausgleich der Reichsbahnen nicht nur wie bisher durch künftige Tarifherabsetzungen, sondern vor allem auch durch Herabsetzung der Wirtschaftlichkeit des Betriebes sichergestellt wird.

Die Protestkundgebung begann vormitags 11 Uhr und war gegen 13 Uhr zu Ende. Es sprachen Vertreter Bayerns, Badens und Württembergs. Es sprachen Landtags- und Reichstagsabgeordnete, und beachtenswerterweise war es ein badischer Großindustrieller, der erklärte, daß, wenn diese gemeinsame Protestkundgebung in Berlin nicht Erfolg haben sollte, dann ganz Süddeutschland auch politisch geschlossen vorgehen möchte.

Dollar (Freiverkehr): 2070

Die Forderungen der Gewerkschaften.

In diesen Tagen zunehmender Beunruhigung und ängstlichen Fragens nach dem, was nun werden wird, haben die Spitzenorganisationen des werktätigen Volkes der Negierung eine Anzahl Forderungen übermitteln, die um so ernstere Prüfung und Würdigung verdienen, als sie die Ansicht eines erheblichen Teiles der Nation über die Mittel und Wege darstellen, die zur Rettung aus der gegenwärtigen Situation ergriffen werden müssen. Die Gewerkschaften sind in unserem Staatswesen mehr als in anderen parlamentarisch regierten Staaten zu einer Macht herangewachsen, mit der gerechnet werden muß, und es steht zu erwarten, daß sie ihren Einfluß zur Durchdringung ihrer Forderungen auch diesmal voll einsetzen werden. Da ist es denn zu begrüßen, daß der Welt und der Wille, die ihren neuerlichen Plänen zugrunde liegen, im Prinzip gut und richtig sind, und daß man ihnen zugestehen darf, sie sind von der Absicht, zu helfen und die Not des Vaterlandes zu lindern, befreit. Insofern spinnt sich zwischen ihnen und allen denen, die sonst dem gewerkschaftlichen Leben fern stehen, die aber gerade in dieser düsteren Zeit mit verdoppelter Kraft und mit ihrem heißesten Willen die Rettung Deutschlands ersehnen und betreiben möchten, ein geistig engeres Verhältnis an, das mit Zug und Recht als der Anfang einer nationalen „Schicksals- und Volksgemeinschaft“ bezeichnet werden darf. Eine solche Gemeinschaft kann natürlich nicht nur ein klingender Titel sein; sie muß als ein lebendiger, wenn auch unsichtbarer Organismus aufgefaßt werden, der die Millionen umgibt und ihnen allen im Dienste der gemeinsamen Sache die gleichen Pflichten auferlegt. Und eine der obersten dieser Pflichten heißt unbedingte Ehrlichkeit auch in der Beurteilung der Maßnahmen, die von einem gewichtigen Teile der Volksgemeinschaft vermeintlich zum Besten des Ganzen vorgeschlagen werden. Es bleibe aber diese Ehrlichkeitspflicht übergeben, wolle man den materiellen Teil der gewerkschaftlichen Forderungen ohne Einschränkung gutheissen, weil man die Grundstimmung und die Triebkräfte, aus denen sie geboren wurden, als gut und tüchtig bezeichnete. Den materiellen Forderungen der Gewerkschaften können diese Eigenschaften vielmehr nur zu einem kleinen Teil zugesprochen werden, soweit für dieses Urteil die praktische Verwirklichungsmöglichkeit und der praktische Wert den Ausschlag geben. Sie zeigen, daß die Gewerkschaften noch immer das Hauptgewicht auf die Erfüllung der Wünsche wirtschaftspolitisch wenig geschulter Kreise und nicht auf die Anpassung ihrer Forderungen und Ziele an den Sach wirtschaftlicher Erfahrungen legen, der sich im deutschen Volke und bei anderen Nationen angehäuft hat. Das ist ein Fehler, der sich leicht einmal an der gesamten deutschen Volksgemeinschaft bitter rächen kann, wenn solche den Möglichkeiten und den Erfahrungen unangemessene Wünsche durch die politische Macht der Gewerkschaften in die Tat umgesetzt werden.

Aber nun der Inhalt dieser Gewerkschafts-Wünsche oder -Forderungen! Die Gewerkschaften verlangen alles in allem nichts weniger als den Ausbau einer neuen, so ziemlich die gesamte Produktion und den gesamten Verbrauch umfassenden Zwangswirtschaft. Auf ihrem Programm steht die Beschlagnahme der Lebensmittel, Kleider und Stiele ebenso wie die Festsetzung von Höchstpreisen und die schärfste Überwachung der Preisbildung durch das Reich. Dazu tritt die Forderung einiger Verbotswörter für gewisse Luxusgegenstände, wie Schaumwein, Liköre, Schokolade, Kauden u. A., die Forderung nach Einfuhrverboten für ähnliche Produkte und endlich neben der Durchführung der Nationalisierung Deutschlands die Uebernahme des gesamten Ausfuhrhandels und des Devisen-Ein- und -Verkaufes durch das Reich. Das ist im Ausmaß das Wichtigste von gewerkschaftlichen Wunschzetteln. Kein ehrlicher Deutscher wird besonders angezogen von den luxuriosesten Forderungen dieses Programms den volkstümlichen und ethischen Wert, das über die Massen lobenswerte Ziel verkennen, das diesen Plänen zugrunde liegt. Deutschland soll endlich ein Land werden, das sich aus eigener Kraft erhält, das seit wird, ohne bei anderen Völkern Betteln zu gehen, das, dem Ernst der Zeit entsprechend, allem Land und Luxus absagt. Wir wollen Arbeit, Fleisch und Geld an Dinge wenden, die uns förderlich sind, aus dem Strudel des Wirtschaftsunterganges emporzutauchen! Wer freute sich nicht, daß die Gewerkschaften, die wirtschaftlichen Vertretungen breiterer Volksschichten, auf diesem Wege zu deutschem Ernst und zu deutscher Schlichtheit voranzugehen sich bestreift! Indes der moralische Wert dieses Programmteiles, so hoch er einzuschätzen ist, darf die volkswirtschaftliche Bedeutung der damit verbundenen und danach erforderlichen Maßnahmen nicht ganz verbunkeln. Wir sind an Verträge mit unseren ehemaligen Kriegsgegnern gebunden, die uns die Aufnahme nicht zu gering zu veranschlagender Mengen ausländischer Luxusprodukte alljährlich zur Pflicht machen. Und wenn wir vielleicht es dahin bringen könnten, diese Einfuhrverpflichtungen loszuwerden und damit den ersten Schritt zu einer Beschneidung des Luxusverbrauchs im Lande zu tun, dem natürlich der zweite, die Beschneidung der für den Innenmarkt arbeitenden Luxusproduktion unverzüglich folgen müßte, wer würde die Jehntaufende von freizuerwerbenden, an und in diesen Luxusgewerben tätigen Arbeitskräften bei einem sich stetig verschlechternden Arbeitsmarkt mit Arbeit und Brot versorgen? Wäre der volkswirtschaftliche Gewinn, der sich aus der Ersparsnis der bisher für Luxusgewerbe verwendeten Gelder ergäbe, unter den genannten Umständen tatsächlich noch erheblich? Das sind Fragen, über die allein eine tief schürfende statistische Forchung Aufschluß zu geben vermag.